

Haushaltsrede 2026

Sehr geehrte Bürgermeisterin Rist, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer,

die schwierige und zum Teil prekäre Haushaltslage der meisten Kommunen ist in der breiten öffentlichen Wahrnehmung angekommen und wie wir alle wissen, auch ein zentrales Thema in Tett nang. Es geht um nicht weniger als unseren kommunalen Handlungsspielraum zu sichern. Getrieben von einer zunehmenden Aufgabenflut und damit explodierender Personalkosten verlieren wir jeglichen Handlungsspielraum.

Das bleibt nicht folgenlos, der Bürger erlebt Staat in erster Line auf kommunaler Ebene: Schulen, medizinische Versorgung, Infrastruktur und vieles mehr. Das Erstarken der extremen politischen Ränder ist ein klares Zeichen dafür, dass große Teile der Bevölkerung unzufrieden sind und Defizite empfinden. Wenn wir heute über den Tett nanger Haushalt sprechen, muss das mehr sein als nur die Bemühung einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen.

Wir haben in Deutschland inzwischen eine Staatsquote, Stand 2024, von 49,5 %, Helmut Kohl hat einmal gesagt: Wenn die Staatsquote über 50 % steigt leben wir im Sozialismus ! Viele Wirtschaftswissenschaftler stimmen ihm dabei zu. Wir können Gebühren und Steuern nicht beliebig erhöhen. Jede politische Ebene trägt hier ihre gesellschaftliche Verantwortung ! Und damit komme ich zu einer zentralen Aussage aus meiner Haushaltsrede 2025, wir haben kein Einnahmenproblem, auch 2026 sind die geplanten Einnahmen mit 73 Mio. deutlich über dem Vorjahr mit 69,4 Mio. !

Für die Pläne im Haushalt die Grundsteuer B zu erhöhen heißt das für uns konkret, dass wir einer Erhöhung der Grundsteuer B auf 215 Punkte zustimmen, da mit der Grundsteuerreform in 2025 eine Aufkommensneutrale Umsetzung vereinbart war, diese aber mit 200 Punkten zu einem Defizit von 200 T€ geführt hat. Einer weiteren Erhöhung auf 247 Punkte und damit einer faktischen Erhöhung der Einnahmen um eine halbe Million € lehnen wir ab. Im Übrigen sei darauf verwiesen, dass wir in der heutigen Tagesordnung zum gleichen Thema, nämlich mit der Einführung einer Zweitwohnungssteuer, bereits deutlich an dieser Steuerschraube gedreht haben.

Wir konsolidieren und sparen und natürlich ist eine sparsame Haushaltsführung immer und in diesen Zeiten ganz besonders angezeigt. Aber auch hier verweise ich auf meine Aussage vom letzten Jahr: Durch reines sparen, werden wir den Haushalt nicht retten.

Falsches und übertriebenes Sparen kann sogar schädlich sein.

Gesellschaftliches Zusammenleben darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Sparmaßnahmen müssen stets auf Verhältnismäßigkeit überprüft werden. Es ärgert mich und ist einfach nicht richtig, dass wir bei alt bewährten Dingen sparen, um neu hinzugekommene Aufgaben zu finanzieren, weil eben einmal mehr das Konnexitätsprinzip nicht eingehalten wird.

Es freut mich übrigens, wie oft ich diesen Begriff in den vergangenen Monaten von verschiedenen Personen gehört habe !

Richtig ist natürlich auch, dass der begonnene Konsolidierungsprozess in einigen Punkten echte Erfolge gebracht hat, ein beispielhaftes Stichwort ist hier die Neufassung der Kostensatzung Obdachlosenunterbringung, die Budgetüberarbeitung der städtischen Einrichtungen und ganz grundsätzlich kostenbewusstes Handeln in allen Bereichen der Verwaltung zum Thema zu machen.

Wenn wir aber perspektivisch unseren Haushalt wieder auf Kurs bringen möchten müssen wir jetzt rann, an Strukturen, Aufgaben und Standards. Und zwar unabhängig von Pflicht- oder Freiwilligkeitsaufgabe.

Hier kommt das neue kommunale Regelungsbefreiungsgesetz ins Spiel, wenn gleich es natürlich wieder an Satire grenzt, wenn zum Bürokratieabbau erst mal ein neues Gesetz gemacht werden muss.

Aber im Gesetz geht es darum, dass Kommunen das Weglassen oder Vereinfachen von Pflichtaufgaben beantragen können, hier sehe ich für eine aktive und innovative Kommune wie Tettnang echte Ansatzpunkte. Im Besonderen freue ich mich hierbei auf die Zusammenarbeit mit unserem neu gewählten 1. Beigeordneten Herrn Jung, der wie ich hoffe und glaube erhebliche Expertise zu diesem Thema mitbringt.

Wo wollen und müssen wir ansetzen ?

Lassen Sie uns mutig sein und auch mal nein sagen, wenn etwas nicht Leistbar ist !

Wir müssen erkennen, dass wir dieses Land überorganisiert haben und wir uns das in der Zukunft weder personell noch finanziell leisten können. Wir müssen damit beginnen uns wieder auf die wesentlichen Verwaltungsaufgaben zu konzentrieren.

Die überbordende Bürokratie ist in aller Munde, alle sprechen von Bürokratieabbau. Die Wahrnehmung der Bevölkerung ist in vielen Bereichen eine andere, der Frust nimmt zu, egal in welche Bereiche des Alltags wir blicken, bei Ärzten, in Kindergärten, im Handwerk und bei Unternehmen, ich könnte Ihnen aus meinem Alltag über Dinge wie das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz oder das Finanzkonten Informationsaustauschgesetz und leider viele andere Beispiele berichten. Der ohnehin harte Kampf um Kunden und Aufträge und somit die tägliche Sicherung von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen wird dadurch alles andere als leichter.

Zurück zu unserer Verwaltung in Tettnang, wenn ich in einer Email vom 12.11.25 an den Gemeinderat über das Verfahren zum Namenszusatz Hopfenstadt folgendes lese, kann man es eigentlich kaum glauben: Beschluss des Gemeinderates am 25.09.2024, Antragsschreiben der Tettnanger Verwaltung ans LRA am 18.10.24, dieses stellt einen Antrag am 28.10.24 ans RP, dieses wiederum ans Innenministerium, alles natürlich mit Verweis auf den vorgeschriebenen Dienstweg. Im Innenministerium passiert nichts, 2024 vergeht, keine Entscheidung, auch im Frühjahr 2025 nicht ! Also neuer Brief der Stadt ans LRA am 09.07.25, LRA fragt beim RP nach, dieses beim Innenministerium – keine Antwort ! Das LRA erneuert die Anfrage am 26.09.25, um es abzukürzen, im Dezember 25 war es dann soweit !

Was wie eine Satire daherkommt ist leider bittere Realität. Können und wollen wir uns so etwas weiterhin leisten ?

Es ist eben nicht in erster Line die Reduzierung der Öffnungszeit im Bürgerbüro, sondern der massiv überregulierte Verwaltungsapparat. Beim Thema Standards verweise ich auf Projekte wie Querungshilfe Schäferhof, neuer Kreisverkehr Oberhof/Schäferhof, barrierefreier Ausbau Bushaltestellen alles Projekte bei denen Kosten aus dem Ruder laufen, weil Standards zu hoch sind. Auch wenn es das Land bezahlt hat, aber knapp 2 Mio. € für 700 m Radweg, wo soll das hinführen ?

Schauen wir uns die Kosten für Kinderbetreuung an, hier im Besonderen die Personalkosten, die in den letzten Jahren explodiert sind und zwar in keinem Verhältnis zu steigenden Kinderzahlen. Gestiegene Standards und zusätzlich Aufgaben, die meisten davon haben mit Verwaltung zu tun, die wenigsten kommen den Kindern direkt zu Gute, sind die Ursache. War Kinderbetreuung vor 15 Jahren wirklich so schlecht, dass es all diese neuen Regelungen gebraucht hat, ist Kinderbetreuung dadurch wirklich so viel besser geworden ? Jetzt kommt das gleiche Thema nochmals mit der gesetzlich garantierten Ganztagsbetreuung der Grundschüler auf uns zu, auch wenn die Finanzierung noch nicht genau geklärt ist, dass einführen einer neuen Software zum Abwickeln der neugeschaffenen Statistiken ist dafür schon auf den Weg gebracht.

Wie kann es sein, dass Verwaltung immer weiter wächst, während in der Wirtschaft Arbeitsplätze reduziert werden, Wirtschaftsleistung verloren geht und Unternehmen das Land verlassen? Auf Dauer wird das wohl kaum funktionieren.

Stichwort Klimaschutz, ja natürlich, aber bitte Zielgerichtet und am Ergebnis ausgerichtet. Reiner Aktionismus und das weitere füllen von Aktenordnern helfen uns wenig ! Die Stadt Tettnang geht hier mit dem Bau eines Nahwärmenetzes auf höchstem ökologischen Standard vorbildlich voran, zur Wahrheit gehört aber auch, dass dieses Projekt für die Stadt sehr teuer ist.

Bezeichnend für die Art der Diskussionen zu diesen Themen war für mich im letzten Jahr, das eine Wortmeldung zu einem Instagram Post der Stadt zum Thema „richtiges Grillen“, medial zu einer ganzseitigen Berichterstattung und zahlreichen Leserbriefen geführt hat, der Beschluss zur Ablehnung des Haushaltes 2025 dagegen eine Randnotiz war.

Wir haben in der Finanz- und Strukturkommission Ideen erarbeitet mit denen wir in den kommenden Monaten an diesen Themen arbeiten können, nein müssen, es ist für unsere Fraktion die notwendige Voraussetzung um diesem Haushalt zustimmen zu können. Denn auch dieser Haushalt ist für sich betrachtet, aus unserer Sicht, nicht zustimmungsfähig, wenn gleich sicherlich genehmigungsfähig. Wir sehen ihn vor dem Hintergrund des Grundsatzbeschlusses zum Haushalt 2025 mit dem klar vorgegeben Ziel den laufenden Haushalt auszugleichen, die Abschreibungen zu erwirtschaften und einen Überschuss für Investitionen von 1 Mio. € zu erzielen.

Verwiesen sei hier auch nochmals ausdrücklich auf das Schreiben des LRA vom 03.04.2025 zur Genehmigung des Haushalts 2025. Hier wird ein strukturell ausgeglichener Haushalt gefordert und der Gemeinderatsbeschluss als ein erster wichtiger Schritt gesehen, der als zwingend erforderlich betrachtet wird.

Nun noch zu ein paar konkreten Zahlen aus dem Haushalt die wir für besonders erwähnenswert halten:

Einer der bedeutendsten Einnahmepositionen ist nach wie vor die Gewerbesteuer. Diese halten wir im Ansatz 2026 mit 19,5 Mio. € als zu optimistisch angesetzt. Einen um 1 Mio.€ bzw. mindestens um eine halbe Mio. € niedrigeren Ansatz halten wir für realistischer, wenn wir uns aktuell unser wirtschaftliches Umfeld anschauen.

Wichtig scheint mir auch nochmals der Hinweis, dass der größte Ausgabenblock Transferleistungen sind, ganze 41,1 % der Ausgaben sind Transferleistungen ! Allein dieser Umstand zeigt wie reformbedürftig die kommunale Finanzierung ist.

Es sei an dieser Stelle auch nochmals der Hinweis auf die Kreisumlage erlaubt, die alleine dieses Jahr voraussichtlich um weitere 700 T€ steigt ! Aus dem Auge dürfen wir auch die Zinsbelastung nicht verlieren, die Zeiten in den wir die Zinslast aus den Einnahmen der Hundesteuer bezahlt haben, wie in einer Haushaltsrede von mir vor gut 10 Jahren angeführt sind leider vorbei. Vom Haushalt 25 auf 26 steigt die Zinslast von 350 T€ auf 830 T€ und ist damit mehr als verdoppelt !

Die Einführung eines Personalkostendeckels befürworten wir ausdrücklich. Ein Instrument, dass sich sicherlich noch einspielen muss, indem aber große Chancen liegen, um in der Zukunft Personalkosten zu optimieren und nicht nur pauschale Streichungen vor zu nehmen. Richtig angewendet, wird es zu einer deutlichen Transparenzsteigerung zwischen Verwaltung und

Gemeinderat kommen, die in schwierigen Zeiten zu besseren Entscheidungen verhelfen kann. Der erste große positive Effekt beinhaltet bereits der Haushalt 2026 mit den hier festgeschriebenen Personalkosten von 22,4 Mio. €.

Sehr geehrte Frau Schubert, Frau Bentele und Frau Dollmann sowie dem gesamten Team der Kämmerei, ganz herzlichen Dank für die Erarbeitung und Abstimmung des Haushalts. Da steckt sehr viel Arbeit und Aufwand drin - vielen Dank !

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !